№ 21. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements=Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto=Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions=Gebühren für den Raum einer Petit=Zeile 6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler. Görlitz, Sonnabend den 16. Februar 1850. Verlag von G. Heinze & Comp.

Britische Ansichten über auswärtige Politik.

Wohin man sich auch wendet, man hört Nichts als das Wort: „Verfassung". In Oesterreich und Italien sollen Verfassungen geboren werden — Preußen befindet sich so eben in den Geburtswehen der Verfassung — auch anderwärts sind Verfassungen erst vor Kurzem geboren worden, und sie alle verursachen den gewöhnlichen Lärm der Kinderstube, mit der eigenthüml. Begleitung von Ammen, Geburtshelfern und Kindergeschrei. Beim Zurichten dieser Verfassungen und ganz vorzüglich der deutschen, nach englischem Muster, scheint eine wichtige Sache ganz und gar vergessen worden zu sein. Unser politisches System ist für ein sehr zusammengesetztes System der Gesellschaft bestimmt. Die Welt sah niemals vorher eine solche Menge von Interessen in einem einzigen Staate vereint. Jules Janin sagte einmal: „London ist keine Stadt, sondern eine ungeheure Masse streitender Interessen." Unsere Geld=, Handels=, Manufacturen=, Ackerbau=Sectionen bilden jede eine eigene Welt für sich; die Forderungen einer jeden müssen zusammengepaßt und geregelt werden, zu gleicher Zeit für den einzelnen Vortheil einer jeden, wie für den allgemeinen Vortheil des politischen Ganzen. Außerdem ist noch jedes Interesse in England in sehr verwickelten Formen aufgestellt, indem es sehr verschiedene Stände der Gesellschaft umfaßt. In Deutschland und Italien hat jede Nation wenig mehr als ein Interesse. Die Besitzer von englischen Ländereien haben das Interesse, diese möglichst hoch zu verwerthen, und dieses Interesse hat sich in der einfachen Form von zwei Classen festgestellt — des Grundherrn und des Pächters. Wenn wir die Menge der Fragen betrachten, welche nach der nächsten Eröffnung die Aufmerksamkeit des Britischen Parlaments in Anspruch nehmen werden, — der Streit zwischen Schutz= und Frei=Handel, das Ordnen unseres finanziellen Systems, unsere Colonial=Regierung — so müssen wir gestehen, daß keine dieser Fragen anderswo dieselben Schwierigkeiten darbieten würde, ja daß einige von ihnen anderwärts gar nicht existiren dürften.

Die Regulirung des Oesterreichischen Staates betrifft vorzüglich die Verwaltung der Justiz. Unter diesen Umständen, von der Last von Rücksichten befreit, welche unsere Gesetzgebung nehmen muß, — existirt dort nur einige Gefahr, daß die so unbelästigten Gesetzgeber einige Luftsprünge und Possenstreiche machen, welche niemals sehr auffallend und wohl gar nicht besonders gefährlich werden können.[1])

1) Wirklich? Politik und Gesetzgebung sind heute überall, am allermeisten aber in Oesterreich unzertrennlich.

Preußen, welches allerdings für eine Verschiedenheit von Interessen zu sorgen hat, befindet sich in der äußersten Verwirrung wegen der Feststellung seiner Verfassung.[2]) Das Ministerium macht Vorschläge, die Kammern andere, und beide Parteien verlieren dabei die Ruhe und die Urtheilskraft. Kein Wunder! Viele der Fragen, die zur Entscheidung vorgetragen werden, sind solche, die gar nicht in die Verfassung gehören; es sind Fragen, welche später durch gesetzliche Verfügungen erledigt werden müssen. Die Verantwortlichkeit der Buchdrucker[3]) — das Gesetz über die Fideicommisse — die Verfolgung betrügerischer[4]) Beamten — die Bestimmung der Wahlbezirke — sie alle sind keine Principien, es sind Einzelheiten. Man nehme diese und funfzig andere Fragen zusammen, über Verfassung, Gesetzgebung, Gewerbeflor, und wer weiß welche außerdem noch, — sie alle konnten in einer einzigen Berathschlagung über die Verfassung erledigt werden. Der Streit hat so eine Art von Crisis hervorgebracht; aber es ist sehr wahrscheinlich, daß man keine gewaltsamen Maßregeln ergreifen wird. Sogar in Portugal ist in diesem Jahre der Rechenschaftsbericht besser ausgefallen als im vorigen, und in Frankreich ist die Verbesserung am bedeutendsten; die ganze Erhöhung beläuft sich auf zwei bis drei Millionen, wenn man in Betrachtung zieht, daß zwei Drittheile der Salzsteuer weggefallen sind. Wie jetzt die Berechnung steht, so beläuft sich die Vermehrung, in wirklichen Zahlen, über 1,600,000 L. St. Das Gesetz über den öffentlichen Unterricht hat die Aufmerksamkeit der Kammern in einer heftigen Verhandlung beschäftigt. Man hat einen gewaltsamen Versuch gemacht, in dem Entwurfe die Religion und die Erziehung zu trennen, und Victor Hugo hielt eine Rede, in welcher er sagte: „das Volk müsse wachsam sein gegen die Verfinsterung des menschlichen Geistes durch den Schatten des Chorhemdes." Er behauptete zugleich, daß das Bestreben der Kirche dahin gehe, thätigen Widerstand mit gesellschaftlicher Heuchelei zu verbinden, überall da einen Jesuiten anzustellen, wo kein Gensd'arm wäre, und die Regierung in die Sacristei zu bringen. Dieser heftige und beredte Vortrag erregte einen fürchterlichen Sturm in der Kammer, und es war wol kein Wunder. Ein anderer Redner sah in der Maßregel die größte Obergewalt der Kirche; noch ein anderer meinte: es sei ihm, als erwache er so eben aus einem Traume des vierzehnten Jahrhunderts.

(The Atlas, January 19. 1850.)

2) Dem Anscheine nach selbst noch nach der Beendigung und Beschwörung derselben.

3) richtiger: Verfasser und Verleger.

4) soll wol heißen: eidpflichtiger.

Deutschland.

Preußen. Berlin. Beschluß der Debatte in der I. Kammer vom 29. Jan. über die Kgl. Propositionen. Art. XV. (das Wahlgesetz) wird ohne Weiteres angenommen. Bei Gelegenheit der Verhandlung über Art. VIII. (Bildung der I. Kammer) äußert sich der Abg. Stahl: Noch nie ist eine unhaltbare Verfassung durch den Eid dauernd gemacht worden. Wenn die Beschlüsse nicht von der Art sind, daß sie eine Verfassung dauernd und haltbar machen, könnten wir nicht für sie stimmen. Die Lage des Landes aber und die Vorgänge in der II. Kammer bestimmen uns, für die Beschlüsse derselben zu stimmen, mit denen wir uns sonst nicht befreunden könnten. — Min. des Innern: Wenn man eine Institution (Staatseinrichtung) für etwas wesentlich Gutes hält, so glaube ich, ist es doch von großer Wichtigkeit, ein Princip in die Verfassung niederzulegen, das alsdann nur mit Zustimmung aller drei Inhaber der Gesetzgebungsberechtigung wieder daraus entfernt werden kann. — Graf v. Arnim: Unsere Lage ist keine constitutionelle, denn sonst hätte unsere Abstimmung keine üble Folgen. Unsere Lage ist eine politische (d. h. sie geht nicht das Verfassungsleben, sondern das derzeitige Staatsleben unmittelbar an). Wir wollen durch unsere Abstimmung ein Opfer bringen. Wird denn aber auch das Opfer, das wir bringen wollen, zum Ziele führen? Es ist dies kein Zweifel am Wollen, sondern am Können. Wir sind arm geworden in dieser Zeit, haben Vieles hingegeben, jetzt sollen wir noch das lautere Gold unserer Ueberzeugung hingeben, das Letzte, was wir haben. Ist denn damit auch die Beschwörungsformel gefunden, um den Teufelsspuk für immer zu bannen? (Bravo.) Diese Frage muß erst beantwortet werden, ehe wir zu der wichtigsten Abstimmung kommen. Darum möchte ich mich am liebsten der Abstimmung enthalten. (Unruhe.) Min. des Innern: Wir pflegen Versicherungen nur einmal zu geben, weil wir glauben, dies genügt. — Der Schluß der Debatte wird angenommen und der von der II. Kammer angenommene Verbesserungsvorschlag mit 97 gegen 60 Stimmen angenommen. Der Abstimmung enthalten sich Graf Hochberg und noch 6 andere Mitglieder. Art. VII. (Finanzgesetzentwürfe) wird nach kurzer Debatte nach den Beschlüssen der II. Kammer in namentlicher Abstimmung mit 106 gegen 53 angenommen. Bei Nr. IV. (Lehen und Fideicommisse) wird die Abstimmung der II. Kammer mit 94 gegen 65 angenommen.

Da es bei diesen wichtigen Verhandlungen als zweckmäßig erscheinen konnte, den Bericht über diese Debatte etwas ausführlicher mitzutheilen, so dürften einige charakteristische Züge bei einigen Rednern noch nachträglich kurze Erwähnung verdienen. Gleich zu Anfang der Debatte nannte der Schönredner Walter die Verfassung eine flüssige Masse und bittet für die Regierung und für sich um Verzeihung, wenn sie in ihrer Politik und er in seinen Schriften sich früher geirrt. Der Gerichtshof sei nur beunruhigend für ängstliche Gemüther. (Ein Correspondent der Bresl. Ztg. meint, Herr Walter habe wol kein ängstliches Gemüth, vielleicht überhaupt kein Gemüth.) Bei der Entgegnung des Min. des Innern auf die Rede des Abg. v. Ammon überraschte das Wort desselben über den Eid; über den Moment des Eides, über den Moment, wo der Art. 112. Platz greife, könnten verschiedene Ansichten herrschen, aber er hoffe, daß diese sich von selbst erledigen würden. Herr v. Gerlach hob in seiner Rede namentlich die Bedeutung der Städte hervor. Bei seiner Auseinandersetzung konnte man sich den Gedanken nicht verhehlen, daß der Redner einst mit Verwunderung erkennen werde, daß bald nicht nur die Städte, sondern selbst das Land im Sinne der freien Intelligenz und des freien Sinnes handeln dürften, und daß man zwar leicht die Städte als Corporationen (Körperschaften) auffassen, der städtische Geist aber, welcher der echte Geist des modernen Bürgerthums ist, durchbricht die interessirte Spitzfindigkeit und weiß sich der Herrschaft, die, weil sie sich auf Zahl, Sitte, Bildung und Ausdauer fußt, zunächst begründet und berechtigt erscheint, zu erwerben und zu behaupten. Positives (Neues und Haltbares) bot die Rede so wenig wie die eines eingefleischten Demokraten. — Vor dem Schluß der allgemeinen Debatte hatte die Rechte noch den Abg. Stahl vergeblich zu hören gewünscht.

Berlin, 11. Febr. I. Kammer. Heute wurden die deutschen Wahlen zum Ständehause vorgenommen, an denen 151 Abgeordnete Theil nahmen. In der ersten Abstimmung, welche 10 Candidaten umfaßte, erhielten 8 die absolute Majorität, nämlich von Auerswald 148 Stimmen, Graf Dönhof 94 St., Denzin 84 St., Möves 82, Brüggemann 79, v. Jordan 78, Dahlmann 77, v. Brünneck 76. Außerdem erhielten Stimmen: v. Bernuth 74, v. Canitz 70, Graf Rittberg 71, Stürzner 71, Graf York 72, Heffter 65, v. Olfers 68, Wentzel (aus Ratibor, in der II. Kammer) 48, Frhr. v. Arnim 60, Baumstark 75, Froch 12, v. Bockum-Dolffs 57, Scheller 11 rc. Es folgte die Wahl des neunten Abgeordneten, als welcher unter 156 Anwesenden der Abg. Baumstark mit 79 Stimmen erwählt wurde. Zum zehnten Abgeordneten wurde von 155 Wählenden der Abg. v. Olfers mit 92 St. bestellt. Die Gewählten sprachen ihren Dank aus. — Die I. Kammer hatte in ihrer Sitzung vom 16. Jan. d. J. dem Ausschusse für die deutschen Angelegenheiten aufgetragen, über einen von dem Abg. Frhrn. von Arnim gestellten Antrag zu berichten, welcher dahin lautet: „Das Verfahren der Staats-Regierung in der Mecklenburgischen Verfassungs-Angelegenheit in ihrer Beziehung zum deutschen Bundesstaats-Rechte zu ihrer Kenntniß und Berathung zu ziehen und zu dem Ende ihre Commission für die deutschen Angelegenheiten zu beauftragen, unter Einsicht in die betreffenden Actenstücke die bezeichnete Angelegenheit zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, sowie die geeigneten Anträge zu stellen." Der Ausschuß ist diesem Auftrage so eben durch einen Bericht des Abg. Camphausen nachgekommen. Nach sorgfältiger Prüfung des Antrages schlägt er vor: „Die Kammer wolle beschließen: in der Erwartung, daß die Kgl. Regierung bei der vorbehaltenen Prüfung die Berechtigungszuständigkeit der Bundes-Central-Commission, bezüglich der von einem Theile der meklenburgischen Ritterschaft bei ihr eingereichten Beschwerde, nicht begründet finden werde, zur Tagesordnung überzugehen. (Lpz. Z.)

Auf der Tagesordnung der Sitzung der I. Kammer vom 12. Febr. stand folgender Antrag des Abg. Grafen v. Itzenplitz, von 70 andern Mitgliedern unterstützt: „Die hohe Staatsregierung zu ersuchen: bei der Commission, welche nach einer der II. Kammer gemachten Ministerialvorlage vom 3. Febr. 1850 seitens und aus dieser für hochwichtige Grundsteuerermittelungen neben und außer der jetzigen Sitzung der Kammern erwählt werden soll, auch die I. Kammer durch eine angemessene Anzahl von Mitgliedern betheiligen zu lassen." Der Antrag geht zur schleunigen Berichterstattung an die Finanzcommission. Der Finanzminister erklärt, die Regierung habe eine Betheiligung der I. Kammer nicht ausgesprochen, weil das Mandat derselben mit Ende des laufenden Monats erlischt.

Nach Eröffnung der Sitzung der II. Kammer vom 12. Febr. überreichte der Kriegsminister einen Gesetzentwurf über die für die militärischen Bedürfnisse für das Jahr 1850 vorsorglich zu bewilligenden Gelder. Diese Bedürfnisse werden veranlaßt durch den Stand des Heeres, der auch im Jahr 1850 den gewöhnlichen übersteigen wird, und durch die Nothwendigkeit, auf drohende Kriegsgefahr gerüstet zu sein. Die Erhaltung des Heeres auf einem außergewöhnlich hohen Fuß wird vorzugsweise nöthig, um zu einer Kraftentwickelung vorbereitet zu sein, welche auch 1850 die unermüdlichen Feinde der Ordnung vielleicht erforderlich machen sollten. Da der Staatsschatz erschöpft ist, so könnte, ohne vorherige Bewilligung, im Augenblicke des Bedürfnisses das Geld nur mit großen Opfern herbeigeschafft werden. Bewilligen sie das Geld, so wird es, im Falle es nicht zu den erwähnten Zwecken gebraucht wird, zu einem andern nur mit Zustimmung der Kammern verwendet werden. Die baldige Beendigung der Session der I. Kammer macht Beschleunigung nothwendig. Durch die Bewilligung werden Sie Preußen in den Stand setzen, mit Ruhe allen Ereignissen entgegenzusehen und die ruhige Entwickelung der Verhältnisse abzuwarten, von der das Wohl und die Größe unseres und des deutschen Vaterlandes abhängt. (Bravo.) (Berl. Z.)

Berlin, 13. Febr. Die II. preuß. Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung v. Patow, Camphausen, Ambronn, Riedel, Lensing, Hesse, Brockhausen, v. Bodelschwingh, Frhr. v. Arnim und schließlich noch Graf Dyhrn gewählt.*) Die Candidaten der liberalen Partei haben also über die Kreuzritter den Sieg davon getragen. *) Die Dresd. Zeitung nennt die Gewählten Staatshäusler oder Staatenhausirer.

Hanover, 11. Febr. Wir vernehmen, daß die Hannoveraner, welche bei dem letzten badischen Aufstande betheiligt waren, vom König Ernst August amnestirt worden sind. Indessen sollen sie einer besonderen Aufsicht unterworfen werden. Diejenigen Hannoveraner, welche sich am Heckerzuge betheiligt hatten, sind bekanntlich seiner Zeit gleichfalls vom Könige amnestirt worden.

Hessen und bei Rhein. Darmstadt, 11. Febr. Die heutige Nummer des Regierungsblattes enthält die Bekanntmachung, den Beitritt zu dem Bündnisse der Kronen Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849, insbesondere das Bundesschiedsgericht betreffend.

Braunschweig, 12. Febr. Die „Reichszeitung", welche noch vor Kurzem der Nachricht widersprochen hatte, daß die Militärconvention mit Preußen abgeschlossen sei, theilt jetzt selbst den mit Preußen abgeschlossenen Vertrag über den Anschluß des Braunschweigischen Bundestruppen-Contingents an die Preuß. Armee mit, vorläufig auf 15 Jahre geschlossen*).

---

*) Die Braunschweigischen Truppen bilden, unter dem Braunschweigischen Brigade-Commandeur, eine in sich geschlossene Brigade von allen Waffen, welche der in Magdeburg stationirten Preuß. Division angeschlossen wird. Dieselbe besteht aus 736 Mann Cavallerie, 4198 Mann Infanterie, 392 Mann Artillerie mit 12 Geschützen, 54 Mann Pioniere, zusammen 5380 Mann (ohne die Offiziere).

„Es sei dieser Abschluß“, heißt es im Begleitschreiben, „besonders in der Erwägung geschehen, daß, nachdem Sachsen und Hannover, obgleich sie zu den ersten Begründern des Bündnisses vom 26. Mai gehören, den Reichstag zu beschicken sich weigern, ein Zustand eingetreten ist, dessen Folgen sich noch gar nicht übersehen lassen, und daß bei der allgemeinen politischen Lage Europa's und Deutschlands Niemand zu ermessen vermag, welche Hindernisse und Gefahren Preußen und seine Verbündeten auf der von ihnen zum Heile der deutschen Nation betretenen Bahn finden können, und endlich, daß bei einem ausbrechenden Kampfe sämmtliche norddeutsche Staaten, die größeren sowol als die kleineren, nur in Preußen einen Stützpunkt finden können und nur die Wahl haben werden, mit ihm ihre eigenen wahren Interessen und die der deutschen Nation zu vertheidigen oder unterzugehen.“ (Nat.-Z.)

Schleswig-Holstein. Flensburg, 11. Febr. Gestern sind die Briefe aus Kopenhagen angekommen, die melden, das dänische Cabinet sei auf den Vorschlag Lord Palmerston's, den Waffenstillstand um sechs Monate zu verlängern, unter der Bedingung eingegangen, daß der Waffenstillstandsvertrag streng erfüllt und hierfür von Seiten Preußens Garantie gegeben werde; namentlich besteht auch Dänemark darauf, daß alsdann Südschleswig von schwedischen Truppen und Nordschleswig von „Tapperes“ besetzt werde. So der einstimmige Inhalt verschiedener Privatbriefe. (D. A. Ztg.)

Oesterreichische Länder.

Zu den verschiedenen Deputationen, die gegenwärtig aus allen Theilen der Monarchie in Wien weilen, ist vor Kurzem auch eine ruthenische gekommen. Die Ruthenen (im östlichen Theile von Galizien und in der Bukowina) sind es gewohnt, daß sie das geneigteste Entgegenkommen beim Ministerium finden, selbst wenn ihre Wünsche ein wenig zu sehr das Princip der Gleichberechtigung auf Kosten ihrer Mitbewohner (Polen) ausbeuten sollten. — Von dem Oesterreich. Ministerium sind auch die Landesverfassungen für das Herzogthum Ober- und Nieder-Schlesien*) und für das Herzogthum Steyermark veröffentlicht worden. Das Recht der deutschen wie der slawischen Nationalität im Lande wird gewährleistet. Der Landtag von Schlesien versammelt sich in Troppau, als der Hauptstadt des Herzogthums. Er besteht aus 30 Abgeordneten der Höchstbesteuerten des Landes, aus 10 der größeren Städte und Märkte und aus 10 der übrigen Gemeinden. (Staats-Anz.)

*) Wo liegt denn amtlich Oesterreichisch Niederschlesien?

Wien, 9. Febr. Zum Belege, daß die Städte Ungarns von deutschem Elemente erfüllt sind, wird in der „Preßburger Zeitung“ folgende Stelle citirt, die Kossuth im „Pesti Hirlap“ 1842 veröffentlichte: „Unsere Städte (in Ungarn) sind dem größten Theile nach deutsch, und zwar so deutsch, daß sie kaum noch irgend ein Merkmal der Magyarisirung verrathen. Die Industrie in unserem Vaterlande ist deutsch, der Handel seinem Wesen nach deutsch und muß es durch den Anschluß an den deutschen Zollverband natürlicher Weise noch immer mehr werden, und so würde denn aus diesem Anschlusse unausweichbar folgen, daß unsere deutschen Städte, unsere deutsche Industrie, unser deutscher Handel nie und nimmermehr ungarisch werden.“ (Lpz. Z.)

Prag, 11. Februar. An dem gestern hier stattgehabten Industrie-Congreß betheiligten sich im Ganzen etwa 100 Inhaber industrieller Etablissements in Böhmen, doch waren die verschiedenen Industriezweige nicht in solchem Grade vertreten, wie man es von dem gewerbreichen Kronlande hätte erwarten sollen. Eine Denkschrift wurde abgefaßt, welche in den Hauptpunkten mit der bekannten, vor Kurzem veröffentlichten Denkschrift des Handelsministers übereinstimmt, und deren Ueberreichung an diesen Minister durch eine nach Wien abgehende Deputation beschlossen. — Die heutige „Prager Ztg.“ meldet unter dem Datum des 7. Februar, daß die in Brünn erscheinende „Presse“ (das einzige deutsch und von Deutschen geschriebene österreichische Oppositionsblatt von consequenter Haltung, das namentlich in der deutschen Frage der Ministerialpolitik entschieden entgegentritt und von einem deutsch-österreichischen Staatenbund nichts wissen will) auch für die Hauptstadt Prag und den im Belagerungszustande befindlichen Umkreis derselben verboten ist, wegen ihrer „der Regierung feindlichen und das allgemeine Wohl gefährdenden Tendenz“, wie der Herr Militär-Landes-Kommandant sich auszudrücken beliebt. (Dresdn. Z.)

** Von der ungarischen Grenze, 6 Febr. Aus Schumla wird uns geschrieben, daß die Angelegenheit der gegen Kossuth, Bem und Dembinski gerichteten Mordbande die allgemeine Aufmerksamkeit erregt, zumal ein österreichischer Beamter Namens Josmogyi in hohem Grade verdächtig sein soll und eben jetzt Gegenstand einer strengen Untersuchung von Seite der türkischen Behörde sei, deren Resultat Jedermann mit Spannung erwartet. (Bresl. Z.)

Den 7. Febr. Vom Banus Jellachich ist an die Militärgrenze der Befehl erfolgt, die Waffenübungen fleißig fortzusetzen und überdies gewärtig zu sein, daß die jüngst aufgelösten Reservebataillons baldigst wieder einberufen werden. Diese kriegerischen Anzeichen deuten auf ernste Besorgnisse wegen eines Friedensbruches mit der Türkei, deren Rüstungen in Bosnien namentlich einen sehr drohenden Character anzunehmen scheinen. (Lpz. Z.)

Frankreich.

Paris, 8. Febr. Die vollkommenste Ruhe fährt fort in Paris zu herrschen. Die Arbeiter sind in ihre Werkstätten, die sie zum Theil einige Tage lang verlassen hatten, zurückgekehrt, und man spricht kaum noch von den Unruhen der letzten Tage und von ihren angeblichen geheimen Ursachen. Einem Volksvertreter, der gleichwol noch gestern dem Präsidenten der Nationalversammlung, Dupin, seine Besorgnisse von einem Staatsstreiche wiederholte, entgegnete dieser in seiner gewohnten derben Weise: „Lassen Sie mich in Frieden! Es wird eben so wenig einen Staatsstreich geben, als einen Fastnachtsochsen.“ Das Verbot des Umzuges des Fastnachtsochsens durch die Straßen von Paris wird in der That vielleicht die einzige noch bemerkbare Folge der letzten Vorgänge sein. — Die Regierung läßt ankündigen, daß sie aus den Departements befriedigende Nachrichten über die ruhige Haltung der Bevölkerung empfangen hat. Sie hat gleichwol allen ihren Agenten die strengsten Befehle ertheilt, sich jeder, die öffentliche Ruhe in Gefahr bringenden Kundgebung am Jahrestage der Februarrevolution, der vielfach als der angesetzte Termin zu einer großen socialistischen Schilderhebung bezeichnet wird, entschieden zu widersetzen. — Ueber den Zustand von Lyon sind die Nachrichten widersprechend. Gewiß ist, daß fast die ganze Bevölkerung dieser großen Stadt der rothen Republik ergeben ist und daß auch unter den Bauern der angrenzenden Departements ein Geist herrscht, der an die Zeiten der Jacquerie (franz. Bauernaufruhr im 14. Jahrhundert) erinnert. Daß die Regierung nicht ganz ohne Besorgnisse ist, geht aus dem Umstande hervor, daß der General Gemeau beim herannahenden 24. Febr. im ganzen Bereiche der 6. Militärdivision alle Versammlungen ohne Ausnahme untersagt hat. (Lpz. Z.)

Paris, 8. Februar. In der heutigen Debatte gelangte man zu der parlamentar. Anfrage Piscatory's über die griechische Angelegenheit. Der Redner drückt die Ueberzeugung aus, daß das englische Volk das Benehmen Lord Palmerston's mißbillige, wie schon die Worte Aberdeen's und Lord Landsdown's gezeigt haben, und ging alsdann zu einer sehr rückhaltslosen Critik der bekannten Vorgänge in Athen über, wobei er die Forderungen England's an Griechenland als zweifelhaft und unbegründet darstellte. Dem Benehmen des französischen Geschäftsträgers in Athen ließ er Gerechtigkeit widerfahren, da derselbe, ohne die Regierung zu binden, unter seiner eigenen Verantwortlichkeit sich der griechischen Regierung kräftig angenommen habe. Allein er macht darauf aufmerksam, daß der englische Geschäftsträger zu Athen die engl. Staatsangehörigen bereits aufgefordert habe, sich auf die Flotte des Admiral Parker zu begeben, da noch strengere Gewaltmaßregeln angewendet werden sollten, und drückte die Ueberzeugung aus, daß die Regierung Nichts verabsäumen werde, um das der Theilnahme der liberalen Mächte Westeuropa's so sehr würdige Griechenland wieder aufzurichten. — Der Min. bestätigte, daß allerdings die von Frankreich angebotene Vermittelung angenommen sei und daß bereits Lord Palmerston den Befehl habe abgehen lassen, alle weiteren Zwangsmaßregeln gegen Griechenland einzustellen. (Lpz. Z.)

Der „Napoleon“ tritt heute wieder viel entschiedener auf, als die beiden letzten Male. Obenan steht ein Manifest an die Wähler, die am 10. März neue Volksvertreter zu erwählen haben. Es wird ihnen darin die Frage gestellt, ob sie wieder unter den erbitterten Feinden der Regierung ihre Repräsentanten suchen wollen. — In einem Artikel, worin die Umtriebe gewisser Journale zur Erschütterung der Eintracht zwischen dem Präsidenten der Republik und dem General Changarnier (die, wie erklärt wird, niemals gestört worden sei) scharf getadelt werden, heißt es sodann geradezu, daß die heftigsten Feinde des Präsidenten der Republik außer den Socialisten die exaltirten Legitimisten seien, welche letztere geradezu „weiße Anarchisten“

genannt werden. — Weiter unten folgt eine Erklärung, die nicht verfehlen kann, großes Aufsehen zu erregen: „Einige Journale haben kürzlich, wie zur Warnung für die Regierung, gesagt, Karl X. und Louis Philipp haben auch ein ergebenes Ministerium und Heer gehabt und seien doch gefallen. Allein Karl X. und Louis Philipp waren nicht durch die Nation erwählt worden und waren überdies auch nicht, wie der Präsident der Republik, entschlossen, die Armee niemals im Stiche zu lassen und sich lieber in ihrer Mitte tödten zu lassen, als noch einmal das Exil anzunehmen.“ — In Bezug auf die Stellung des Präsidenten der Republik zu den fremden Mächten, sagt der „Napoleon“: Seit einem Jahre hat die Regierung der Republik gegen die fremden Mächte die strengste Neutralität beobachtet. Ohne irgend Jemandem entgegen zu kommen, allein gegen alle wohlwollend, hat sie durch diese würdevolle Unabhängigkeit, die einem Lande wie Frankreich geziemt, mehr Achtung und Ansehen gewonnen, als die vorige Regierung während ihrer ganzen Dauer. Rußland, das an Louis Napoleon die diplomatischen Mittheilungen richtet, die es der Regierung Louis Philipp's verweigerte, das das auf den Russen haftende Verbot, Frankreich zu bewohnen, aufhebt, und England, das in der griechischen Frage die Vermittelung der franz. Regierung annimmt*), zeigen den Werth, den sie auf ein gutes Einvernehmen mit uns legen, und ihre ganze Ergebenheit gegen unsere Regierung.“ (Nat.=Ztg.)

*) Eine telegraphische Nachricht der Nat.=Ztg. vom 12. Febr. meldet: Die Vermittelung Frankreichs ist in dem Conflict Griechenlands mit England nicht angenommen.

Polen.

Kalisch, 4. Febr. Das verflossene Jahr war für Rußland, trotz seines bewährten Kriegsruhmes, kein glückliches. Während das Einnahmebudget sich zu Ende des Jahres sehr ungünstig herausgestellt hat, waren die Ausgaben im Laufe des Jahres höchst bedeutend. Der wahrscheinliche Mehraufwand über die im Jahre 1848 verausgabte Summe beträgt über 30 Millionen Silber=Rubel, welche der ungarische Feldzug und die im Königreiche Polen auf dem Kriegsfuße sich befindenden Truppen verschlungen haben, während schon die Mehrausgabe des Jahres 1848 über 15 Mill. Silber=Rubel betragen hat, und es läßt sich bis jetzt gar nicht absehen, wenn eine Beschränkung der Mehrausgaben, bei welchen vorzugsweise die gedrückte Bevölkerung zu leiden hat, eintreten wird. — Obgleich das Reich im verflossenen Jahre wenigstens im Allgemeinen von Mißernten und Unfruchtbarkeit nicht heimgesucht worden ist und deshalb von der Regierung weniger Bauern als sonst ernährt werden mußten, so sind doch von der Cholera und anderen bösartigen Krankheiten, welche in den Hauptstädten und in allen Theilen des Reiches herrschten, Hunderttausende von Landleuten hinweggerafft worden, und das Elend war in Folge dessen sehr groß. Die Viehseuche hat im südl. Rußland und im Königreiche Polen großen Schaden verursacht und die Brandverheerungen waren, wie fast in jedem Jahre, wegen der schlechten Bedachung der Häuser auf dem Lande und der mangelhaften Löschapparate, sehr bedeutend. — In den Ostseeprovinzen und in den an diese angrenzenden Gouvernements hat die herrschende Kartoffelkrankheit die Kartoffeln dergestalt vernichtet, daß der Kaiser durch einen Befehl die Einfuhr dieses dort unentbehrlichen Nahrungsmittels bis zu Ende des Jahres 1850 gestattet hat. (C. Bl. a. B.)

Nord=Amerika.

Aus der bereits früher erwähnten Botschaft, mit welcher der derzeitige Präsident Taylor den jetzt versammelten Congreß der Vereinigten Staaten eröffnet hat, heben wir folgende, die im letzten Jahre stattgehabten Berührungen Nord=Amerika's mit den auswärtigen Staatsverhältnissen, besprechende Stellen aus. — Obwol mein Amtsvorgänger einen Gesandten der Ver. Staaten beim deutschen Reiche ernannt hat und ein deutscher Reichsgesandter hier beglaubigt und empfangen worden ist, so hat doch die schließliche Begründung einer deutschen Reichsregierung noch nicht stattgefunden. Unser Vertreter in Frankfurt, Herr Donelson, blieb dort mehrere Monate in der Erwartung, daß eine Vereinigung der deutschen Staaten endlich zu Stande kommen würde. Sachkundige sind der Ansicht, daß eine solche Vereinigung ohne Preußens Mitwirkung keinen Bestand haben wird. Sollte eine Centralgewalt in Deutschland eingesetzt werden, an welcher Preußen sich betheiligte, so würde es nothwendig werden, unseren Gesandten von Berlin abzurufen; so lange aber Preußen als unabhängiges Königreich besteht und der gesandtschaftliche Verkehr mit demselben aufrecht erhalten wird, lieg kein Grund vor, die Gesandtschaft in Frankfurt fortbestehen zu lassen. Ich habe daher Herrn Donelson abberufen und die Gesandtschaftsarchive zu Frankfurt nach Berlin schaffen lassen. Ich habe gewissenhaft jede Einmischung in die europäische Kriege vermieden. — Kurz nach meinem Amtsantritte erfuhr ich, daß ein dem deutschen Reiche gehörendes Kriegsdampfboot mit Hilfe einiger unserer Seeoffiziere unter Ermächtigung des Marinesecretär in Neu=York ausgerüstet werde. Diese Ermächtigung war während des Waffenstillstandes zwischen jenem Reiche und Dänemark gegeben worden; da ich aber besorgte, daß diese Betheiligung unsererseits als eine Verletzung unserer durch den Vertrag mit Dänemark und die Congreßacte vom 20. April 1818 uns auferlegten neutralen (parteilosen) Verpflichtungen angesehen werden könne, so untersagte ich die fernere Mitwirkung von Flottenoffizieren. Die mit dem deutschen Reichsgesandten hierüber gewechselten Schriften werden Ihnen vorgelegt werden. Die Maßregel schien mir geboten durch die Ehre der Nation wie durch die heiligen Verpflichtungen der Verträge, und ich würde jeder anderen Nation gegenüber in ähnlichen Fällen dasselbe Verfahren beobachten. — Während des Kampfes zwischen Oesterreich und Ungarn, als letzteres eine, wenn auch noch so schwache Aussicht hatte, zur selbständigen Nation zu werden, hielt ich es für meine Pflicht, in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Sympathie (Mitgefühl, Theilnahme) des amerikanischen Volkes für die magyarischen Patrioten, der erste zu sein, der das unabhängige Ungarn in die Reihe der Nationen einführe. Ich beauftragte daher einen in Europa anwesenden Geschäftsführer zu erklären, daß wir Ungarns Unabhängigkeit, wenn es dieselbe zu behaupten im Stande sei, bereitwillig anerkenen würden. Rußlands mächtige bewaffnete Einmischung vernichtete die Hoffnungen der ringenden Magyaren. — Mit Rußland, Oesterreich, Preußen, Schweden, Dänemark, Belgien, Niederland und den italienischen Staaten dauern unsere gawohnten freundschaftlichen Beziehungen fort. — Portugals Weigerung, seinen amerikanischen Gläubigern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hat gegenwärtig einen so ernsthaften Charakter angenommen, daß ich wegen dieser Sache demnächst eine besondere Botschaft an den Congreß richten und seiner Weisheit wie seinem Patriotismus ein schließliches Einschreiten anheimgeben werde. — Mit der Republik Mexico ist es unsere wahre Politik, die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen. Ich empfehle dieselbe Politik allen anderen amerikanischen Staaten gegenüber. Die Ver. Staaten stehen da als die amerikanische Großmacht, deren Vermittelung und Hilfe jene immer zuerst geneigt sein werden anzurufen, falls sie mit einer europäischen Macht in Zerwürfniß gerathen. Als solche können wir oft zu ihren Gunsten gütlich vermitteln, ohne uns selbst in Krieg oder unnöthige Streitfragen zu verwickeln, und so oft unsere Verträge mit ihnen unser Einschreiten gebieten, müssen wir nothwendig uns ins Mittel legen. — Unsere Beziehungen zu Brasilien beruhen auf dem freundschaftlichsten Einverständniß. —

Die Botschaft empfiehlt ferner neue gesetzliche Bestimmungen zur Unterdrückung des Sklavenhandels, an welchem sich leider noch viele amerikanische Schiffe betheiligen. Die Sklavenhändler kaufen in Brasilien Schiffe, welche in den Ver. Staaten gebaut sind, und lassen sich von dem dortigen amerikanischen Consul einen Bielbrief *) ausstellen, mit dem sie unmittelbar nach Afrika segeln, da sie nicht nöthig haben, erst nach den Ver. Staaten zu gehen und dort ihr Schiff einregistriren zu lassen. Der Präsident meint, man könne diesen Mißbrauch abstellen, ohne den freien Schiffshandel allzusehr zu belästigen.

(Schluß von Nord=Amerika folgt in Nr. 22.)

*) Bielbrief ist soviel als Legitimationsausweis, und hängt bei falscher Orthographie mit dem noch im Engl. gebräuchlichen älteren deutschen Ausdruck, Bell, Bill, Billage zusammen. So schreibt Jornandes: Gothi leges conscriptas bellagines vocant, welches alte latinisirte deutsche Wort wörtlich so viel als „Gesetzlegung“ bedeutet.

Südamerika.

Aus Buenos Ayres erfährt man, daß England mit Rosas einen Vertrag abgeschlossen hat, worin Oribe als Präsident der Banda Oriental (Montevideo) anerkannt und der Uruguay, bisher als ein beiden Republiken gehöriger Fluß betrachtet, den Gesetzen des argentinischen Bundesstaates unterworfen wird.

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 21.

Görlitz, Sonnabend den 16. Februar 1850.

Moralische Distichen.

1. Ehrgeiz und Geldgeiz.

Geldgeiz und Ehrgeiz sind zwei sich befeindende Gatten:
Jener ein sammelnder Hahn, dieser ein Huhn, das zerscharrt.

2. Schmeichler und Verläumder.

Trau' nicht dem, der dich lobt um Gutes, das du nicht gethan hast,
Denn er sagt gewiß auch Böses, das du nicht gethan.
Raunt dir Einer in's Ohr, daß der und der dich verläumde,
Sei versichert, der ist selbst der Verläumdungen voll.

3. Der Neid.

Wünsche dem Neidischen nicht die Strafe der rächenden Gottheit,
Denn sein eignes Gemüth ist ihm schon Strafe genug:
Feinde ihn auch nicht an; sein Feind lebt im schielenden Auge,
Folgt ihm im Wachen und Schlaf, nimmer gewährt er ihm Ruh'!

(N. Album.)

Ein Vorschlag über das Abgabenwesen.

Daß der Staat ohne Abgaben nicht bestehen kann, ist eine unbestreitbare Thatsache, und es ist wohl noch Niemand eingefallen, das Gegentheil behaupten zu wollen. Es handelt sich vielmehr in der neueren Zeit hauptsächlich darum, auf welche Weise die leider in starker Zunahme begriffenen Staatsausgaben durch gleich hohe Einnahmen zu decken sind. Unzweifelhaft gebührt den indirecten Abgaben um deswillen der Vorzug, weil sie weniger empfunden und daher auch leichter und williger getragen werden. Allein man wendet, vielleicht nicht mit Unrecht, gegen einige derselben, wie z. B. gegen die Schlacht- und Mahlsteuer ein, daß sie den Unbemittelten mehr treffen, als den Begüterten, und daß sie in ihrer Erhebung manches Unangenehme mit sich führen. Die Hauptsache aber bleibt, daß die Bedürfnisse des Staates auf indirectem Wege nur zum Theil beschafft werden können, und zu directen Abgaben zurückgekommen werden muß. Gegenwärtig handelt es sich um zwei Besteuerungs-Projecte von entschiedener Wichtigkeit, nämlich um eine veränderte Grundsteuer und eine neu zu beschaffende Einkommensteuer. — Was die Grundsteuer anlangt, so ist über die gleichmäßige Vertheilung derselben viel verhandelt und geschrieben worden, und soll hier weiter nicht erörtert werden, ob bei dem öfteren Besitzwechsel steuerfreier Grundstücke, wie dem mit Rücksicht auf die geringeren Abgaben dafür gezahlten höheren Preise, eine stärkere Abgabenbelastung ohne angemessene Entschädigung zu billigen sei, eben so wenig, ob eine vollständige Ausgleichung ohne sehr bedeutende Kosten durch Aufnahme von Cataster, Bonitirungen &c. und in kurzer Zeit ermöglicht werden könne. — Was die Einkommensteuer betrifft, so geht schon aus dem Namen hervor, wie unsicher der Begriff zu fassen und wie wenig ausführbar eine Steuer ist, welche ihrer Benennung dadurch entsprechen soll, daß sie ein jedes Einkommen heranzieht. — Man frage sich: was ist unter dem Einkommen eines Gutsbesitzers, eines Kaufmanns, eines Gewerbtreibenden zu verstehen? — Ein gewisses Einkommen kann höchstens bei einem Beamten mit fester Besoldung angenommen werden, wo es sich immer noch darum handeln würde, ob dieser nicht durch Nebeneinkünfte, Zinsen eines sonstigen Vermögens &c. ein höheres Einkommen hat, was vielleicht nur eben dazu hinreicht, seine Bedürfnisse zu decken. — Wenn aber ein Oeconom durch niedrige Getreidepreise, schlechte Erndten, der Geschäftsmann durch ungünstige Conjuncturen oder Verluste die Ueberzeugung erlangt, in seinem Vermögen zurückgekommen zu sein, wie soll er dann sein Einkommen berechnen? Man nehme eine directe Besteuerung an, welche man wolle, so wird solche in allen Fällen vielen Täuschungen unterliegen, und sicherlich nie dem Princip der verhältnißmäßigen Gleichheit für Alle entsprechen. Am allerwenigsten jedoch dürfte es sich rechtfertigen lassen, neben einer Grundsteuer und einer Gewerbesteuer auch noch eine Einkommensteuer zu erheben, folglich in vielen Fällen ein und dasselbe Individuum dreifach zu besteuern, da das Einkommen häufig nur aus dem Boden und dem Gewerbe entspringt. — Nach allem diesen sei es erlaubt, folgenden Vorschlag zu machen:

Der Staat stelle in seinem jährlichen Etat auf, welche Summe mit Inbegriff der Grundsteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer, Schlacht- und Mahlsteuer (vorausgesetzt, daß auch letztere beide Steuern in Wegfall kommen sollten,) erforderlich ist, ermittele den Antheil einer jeden Provinz, jedes Kreises, Bezirkes, jeder Gemeinde nach der Kopfzahl der Einwohner, und überlasse es derselben durch Vertheilung unter einander mittelst selbst gewählter Deputirten den nöthigen Betrag aufzubringen, so ungefähr, wie gegenwärtig mit der Gewerbesteuer verfahren wird. Zugegeben, daß dieser Vorschlag mancher Modification unterliegen dürfte, besonders mit Rücksicht auf kleine und sehr arme Gemeinden, welche vom Kreis oder Bezirk theilweise zu übertragen sein würden, so wird man doch nicht in Abrede stellen können, daß er ausführbar sei und manchem Uebelstande abhelfen würde. Nicht nur, daß eine angemessenere Heranziehung zu den öffentlichen Lasten durch selbstgewählte Deputirte, denen das Vertrauen geschenkt wird, daß sie die Verhältnisse ihrer Mitbürger richtig zu beurtheilen wissen, wesentlich zur Beruhigung der Betheiligten beitragen muß, sondern es wird ein Jeder nach Verhältniß seines doch annähernd zu vermuthenden Vermögensstandes oder seiner Beitragsfähigkeit zur Beisteuer gezogen, gleichviel, ob er auf diese oder jene Art besitzt oder erwirbt. Es würde ferner, wenn demnach — Grund- und Gewerbesteuer (wenigstens) in Wegfall kämen, die Grundsteuerbefreiungsfrage erledigt sein, der Gewerbtreibende dafür, daß er durch den Betrieb seines Gewerbes sich und die Seinigen mühsam ernährt, nicht eine besondere Abgabe zu zahlen haben, und das Gehässige, in vielfachen Beziehungen Täuschende einer sogenannten Einkommensteuer vermieden werden, — der Staat oder die Gesammtheit würden endlich auch wesentlich an Erhebungskosten sparen.

Allerhand.

Krakau, 7. Febr. Aus Bochnia (in Galizien) ist die Nachricht von einem fürchterlichen Brande, der am 4. in dem dortigen Salzbergwerke ausbrach, hierher gelangt. An dem genannten Tage stiegen über 500 Bergleute hinab, um ihre Arbeiten zu beginnen. Der größte Theil dieser Unglücklichen ist vom Qualm erstickt worden. Eine sehr kleine Anzahl von den Herausgezogenen wurde gerettet; denn die meisten von denen, die in den Gruben noch so viel Kräfte hatten, um sich an den herabgelassenen Seilen festzuhalten, wurden schrecklich verstümmelt oder sterbend ans Tageslicht gebracht. Ueberall liegen Leichen, Sterbende, Verstümmelte. Schrecken und Verzweiflung hat die Bewohner Bochnia's ergriffen. Das ganze Bergwerk scheint in Flammen zu stehen, die herabgelassenen Lichter werden von dem Gase, welches aus allen Oeffnungen hervordringt, ausgelöscht. (Schl. Z.)

Wiener Calender für die Herren Spreitzenhuber, Rockumwender & Co. Der gute Spreitzenhuber! Er hat unter Metternich im Januar und Februar hirschlederne Hosen fabricirt und viel, sehr viel Bier vertilgt.

Da war gekommen der März und Spreitzenhuber hat Revolution gemacht, sowie früher hirschlederne Hosen.

Da war gekommen der April und Spr. hat Opposition gemacht, sowie früher hirschlederne Hosen.

Da war gekommen der Mai und Spr. hat Barrikaden gemacht, sowie früher hirschlederne Hosen.

Hierauf war gekommen der Juni und Spr. hat bei Anfertigung eines Volksvertreters mitgemacht, sowie früher bei den hirschledernen Hosen.

Dann war gekommen der Juli und Spr. hat schwarz-roth-goldne Fahnen gebiegelt, sowie früher hirschlederne Hosen.

Hierauf war gekommen der August und Spr. hat Reaction gemacht, so wie früher hirschlederne Hosen.

Dann war gekommen der September und Spr. hat urplötzlich deutsch-katholische Andachten entwickelt, sowie früher &c.

Hierauf war wieder gekommen der October und Spr. hat Krieg gemacht, sowie früher &c.

Dann war zu vorletzt gekommen der November und Spr. hat Vertrauensadressen gemacht, sowie früher &c.

Zu allerletzt war endlich gekommen der December und Spr. hat Dankadressen gemacht, sowie früher ꝛc.

Die guten Spreitzenhuber, Rockumwender & Co.! (Alles auch, um in der Nähe zu bleiben, in Berlin, Leipzig, Dresden, Breslau ꝛc. dagewesen!) (W. Punch.)

Ein Sturm in der Theetasse. Unter dieser Ueberschrift bespricht das bekannte engl. Witzblatt „Punch" die ehrenwerthen Anfänge zu einer deutschen Flotte, die freilich auf mancher Seite viel unnöthigen Lärm gemacht und den folgenden Spott veranlaßt hat. Gewitzte Leser werden sehr leicht das Wahre und Falsche in der englisch-bornirten Auffassung, wie früher (Nr. 12) in der russisch-inficirten Ansicht der Times, zu unterscheiden, aber auch einen Spaß zu verstehen wissen. Jeder Verständige wird ohne Fernrohr erkennen, wo der englische Wind herweht.

„Die Deutschen machen einen großen Spektakel um ihre Flotte. Wir wußten bisher kaum, daß Deutschland eine Flotte besäße, glaubten vielmehr, daß etwas Derartiges dort ebensowenig zu sehen wäre, als in der Wüste Sahara. Wozu ein Binnenland Kriegsschiffe zu seiner Vertheidigung bedürfen kann, geht über unseren seemännischen Verstand. Indeß, sei dem wie ihm wolle, die deutsche Flotte ist in's Mittelmeer beordert worden, und auf diesen Befehl ertönte ein so entsetzlicher Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland, daß wir uns aus Neugier vornahmen, uns mal umzusehen, ob die Deutschen wirklich ein paar Boote haben oder nicht.

„In Folge dieses Vorsatzes schickten wir den Londoner Barkenführer Nr. 101 nach Hamburg, und nachdem wir ihn mit einem der schärfsten Vergrößerungsgläser ausgerüstet, gaben wir ihm die ausgedehnteste Vollmacht, sich die deutsche Flotte auf jede Weise und von jeder Seite zu betrachten, von der es ihm beliebte. Folgendes ist sein Bericht:

„Ich hab mein Lebtach keine solche Blotte nich gesehen! Will verdammt sein, wenn unsre Blotte auf die Themse die ganze Geschichte, Atmiral und all's mit'nander, nich ein's schönen Morchens vor'm Frühstück ohne viel Fäderlesens in Düvels Küche jagen würde. — Das ist's, was ich mit meine eugne Auchen sah. Zur Erst zeigden sie mich edliche Kleine Dampfkähne, welche sie höflich genuch Dampffregatten nennen thaten. Ich dachte, sie wollten Mich für'n Narren halten, und guckte sie in's Gesichte, aber sie sahen mich steif und föste an, und so bewunderte ich denn ihre Dampfkähne so gut ich konnte, ohne rauszuplatzen, und sagte ihnen, daß sie merkwürdich hibsch wären vor ihre Größe.

„Dernach zeuchden sie mich vier Dampfcorvedden, wie sie sie hießen; sie sahen aus wie die Dampfgondeln in Richmond Park, aber söhr wackelig und schwintsüchtig. Das nächste Stück war 'n Wachtschiff, welches einer Baggermaschine ungemeun ähnlich sieht. Das letzte Bündel von diesem Feuerholz bestand aus 24 Kanonenbooden, wie man sie alle Nachmittage bei Searln sehen kann, wenn man 24 von die schäbigsten Jollen rauslesen duht und jeder davon einen langen Flintenlauf über den Bug steckt.

„Das ist das ganze Zeuch, was sie die deutsche Blotte heißen thun. Wenn die nich ersoffen ist wie ebenso viel junge Katzen, lange eh's das Mittelmeer zu sehen kriecht, will ich meine Hosen auf Fressen. Das muß man aug sagen: die Madrosen sahen öklig seekrank aus, wie ich mit sie red'te, und hatten Strippen an die Hosen. Ich sah einen Kerl, der die Strickleider 'naufsteigen that und Berliner Glasöhantschuhe anhatte. Der Commodore ging auf'm Deck mit Spohren herum. Ich fragt'n, ob er nich der Oberst von die reitende Madrosen wäre? Aber sie rochen den Braden nich ordentlich, und ein Kerl nahm seinen Hut ab und sagte: „o ich wäre zu freintlich!"

„Ich muß noch hinzufügen, daß verschiedene Leite mich belehrden, daß die deutsche Blotte niemals in einem solchen gewaldigen Zustande gewesen ist."

Nach diesem günstigen Berichte kann wol kein Deutscher bezweifeln, daß eine deutsche Flotte existirt, denn — sonst hätte sich der englische Wasserhund nicht so viel Mühe gegeben.

Bekanntmachungen.

Die Pocken-Impfung betreffend.

[126] Da die Zeit der Pocken-Impfung wieder herbeigekommen ist, so wird in Gemäßheit gesetzlicher Vorschrift hierdurch Jedermann aufgefordert, seine pockenfähigen Angehörigen dem Arzt seines Bezirks zur Impfung zuzuführen, und der deshalb besonders ergehenden Vorladung unweigerlich Folge zu leisten, da Diejenigen, welche ihre pockenfähigen Angehörigen der Impfung zu entziehen suchen, ernstliche Anordnung zu gewärtigen und es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn bei drohender Gefahr gegen sie sofort das Sperrverfahren eingeleitet werden wird.

Die Zeit, welche die Herren Aerzte zur Impfung in ihrer Behausung bestimmt haben, ist folgende:

1) der Herr Kreis-Physicus Dr. Massalien im April und Mai alle Donnerstage Nachmittags von 2—4 Uhr unentgeldlich in seiner Wohnung;
2) der Herr Stadt-Physicus Dr. Bauernstein Donnerstags Nachmittags von 1—3 Uhr;
3) Herr Dr. Vietsch Montags Nachmittags von 2—3 Uhr;
4) Herr Dr. Glokke Montags Nachmittags von 1—2 Uhr;
5) Herr Dr. Schmiege Montags Nachmitt. von 2—3 Uhr;
6) Herr Dr. Schnieber Donnerstags Nachmitt. v. 2—3 Uhr;
7) Hr. Kr.-Chir. Schmidt Donnerstags Nachm. v. 1—2 Uhr.

Görlitz, den 11. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

[127] Bekanntmachung.

Vom 15. d. M. ab sind die Verkaufspreise der Ziegeln und des gebrannten Kalks bei hiesiger Kämmerei in nachstehender Weise festgestellt worden.

1) Die Ziegelpreise bei der Görlitzer Ziegelei:
Mauerziegeln, Normalform, pro Tausend 10 Thlr.,
do. große Form, = = 12 =
russische Essenziegeln, = = 12 =
Luftziegeln, das Hundert zu 8 Thlr. 10 Sgr.,
Canalziegeln, = = 8 = 10 =
Dachziegeln, wie bisher pro Tausend 10 Thlr.

2) Gebrannter Kalk:
Hennersdorfer, der Ofen zu 20 Thlr.,
Ludwigsdorfer, = = = 22 =

Beim Steinbruch zu Lauterbach wird der Stoß Steine
erster Sorte wie bisher zu 3 Thlr.,
zweiter Sorte zu 2 Thlr. 10 Sgr.
abgelassen.

Görlitz, den 9. Febr. 1850. Der Magistrat.

Die Sächsische
Renten-Versicherungs-Anstalt zu Dresden

gewährt, wie bekannt, dem Zweck derartiger Anstalten entsprechend, einem Jeden Gelegenheit, gegen Hingabe eines kleinen Geldbetrags sich eine, besonders in den spätern Lebensjahren jährlich beträchtlich steigende Rente zu sichern. Fern von jeder Speculation, ist diese Anstalt auf den Grundlagen der Oeffentlichkeit, Gegenseitigkeit und der Gleichberechtigung errichtet, und hat sich fortwährend allgemeiner Anerkennung und gedeihlichen Fortschritts zu erfreuen. Jede irgend zu wünschende Auskunft zu ertheilen, bin ich stets gern bereit, und verbinde hiermit die Anzeige, daß die jetzt fälligen Rentenscheine bei mir prompt und kostenfrei eingelöst werden.

Görlitz, den 15. Februar 1850.

[133] **Robert Oettel.**

[134] **Hothergasse No. 677.** beim Schuhmachermeister **Steinberg** sind zum 1. April 1850 vier Stuben nebst Zubehör zu vermiethen.

Literarische Anzeigen.

Bei **G. Heinze & Comp.**, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

Handbuch für Geschworene.

Nach practischen Erfahrungen herausgegeben
von
C. Rogan,
Actuarius und Gerichtsschreiber beim Königl. Schwurgerichtshof zu Berlin.
8. geh. Preis 10 Sgr.

Bei **G. Heinze & Comp.**, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

Andachtsbuch für Landleute,
oder:
Anweisung,
wie ich glücklicher und besser werde.
8. geh. Preis $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.